

1 Beschluss des SPD-Parteivorstands am 26. Oktober 2009

2

3 **Leitantrag zum SPD-Bundesparteitag 2009**

4

5

6 **I. Die SPD nach der Bundestagswahl**

7

8 Die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 ist für die Sozialdemokratische Partei
9 Deutschlands eine Zäsur. Wir stehen nun am Beginn eines Prozesses, die Ursachen zu
10 analysieren und politische Schlussfolgerungen für die Zukunft der SPD zu ziehen.

11 Wir blicken auf elf Jahre zurück, in denen wir in Deutschland erfolgreich
12 Regierungsverantwortung wahrgenommen haben – keine leichte Zeit, sondern eine, die
13 geprägt war von schweren und wichtigen Entscheidungen: Der erste Kampfeinsatz der
14 Bundeswehr und das „Nein“ zum Irak-Krieg, der Aufstieg und das Ende der „new economy“,
15 der 11. September 2001 und der Kampf gegen den Terrorismus und seit gut einem Jahr die
16 schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte haben ihre Spuren
17 hinterlassen.

18 Nach den 16 Jahren Reformstau der Regierung Kohl haben wir viel bewegt, auf das wir stolz
19 sein können. Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Vizekanzler Franz Müntefering, Frank-
20 Walter Steinmeier, unsere Ministerinnen und Minister sowie die sozialdemokratische
21 Bundestagsfraktion haben viel für unser Land erreicht. Es war richtig, 1998 den Auftrag zum
22 Regieren und 2005 die Möglichkeit zum Mitregieren in der Großen Koalition zu nutzen.

- 23 • Deutschland ist moderner, liberaler und weltoffener geworden: Wir haben viel für die
24 Gleichstellung von Frauen und Männern getan und eine moderne Familienpolitik
25 durchgesetzt. Wir haben mehr Rechte für zuvor an den Rand gedrängte Gruppen
26 erkämpft.
- 27 • Wir haben die Energiewende durchgesetzt. Mit dem Atomkonsens haben wir eine neue
28 Perspektive für Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien eröffnet. Wir sind zum
29 Vorreiter für den Klimaschutz geworden.
- 30 • Wir haben die Arbeitslosigkeit erfolgreich reduziert, auch wenn wir sie nicht besiegt
31 haben. Wir entschlossen uns in schwieriger Zeit zu grundlegenden Reformen. Von 2005
32 an sank die Arbeitslosigkeit – sie lag im Herbst 2008 unter drei Millionen. Doch zugleich
33 haben prekäre Beschäftigung und schlechte Löhne zugenommen. Deshalb haben wir

1 mehr Mindestlöhne durchgesetzt und mehr als 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und
2 Arbeitnehmer vor Lohndumping geschützt.

- 3 • Wir haben uns der Krise des Sozialstaates gestellt und die solidarischen Sozialsysteme
4 finanziell stabilisiert. Wir haben das Solidarprinzip „Menschen für Menschen“ bewahrt
5 und zukunftsfähig gemacht. Das hat Rentnerinnen und Rentner in der Krise davor
6 bewahrt, um ihre Alterseinkünfte bangen zu müssen.
- 7 • Wir haben die Investitionen in Bildung und Forschung erhöht, um bessere Chancen zu
8 ermöglichen und die Innovationsfähigkeit unseres Landes zu stärken.
- 9 • Wir haben Förderung aller Kinder ins Zentrum gerückt. Der Ausbau der Tagesbetreuung
10 und das Ganztagschulprogramm haben die Lebenschancen der Kinder und die
11 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Millionen Eltern verbessert. Auch das Elterngeld
12 erleichtert die Berufstätigkeit von Müttern und die Beteiligung der Väter an der Erziehung.
- 13 • In der Regierungszeit der SPD hat unser Land weltweit an Ansehen gewonnen. Unser
14 „Nein“ zum Irak-Krieg wird ebenso bleiben, wie unsere erfolgreichen Initiativen zur
15 Abrüstung und bei der Bekämpfung globaler Armut. Mit unserer Initiative zum EU-
16 Verfassungsvertrag haben wir Europa demokratischer und sozialer gemacht.
- 17 • Die sozialdemokratische Regierungszeit war geprägt von einer scharfen ideologischen
18 Auseinandersetzung über die Rolle des Staates und die Steuerungsmöglichkeiten der
19 Politik. Mit der Finanzkrise ist ein neues Bewusstsein entstanden, dass der Staat Regeln
20 setzen und durchsetzen muss. Demokratische Politik muss dafür sorgen, dass sich eine
21 solche Krise nicht wiederholt und die Verursacher der Krise an ihren Kosten beteiligt
22 werden.

23 Also: viel erreicht und noch viel zu tun. Zugleich können wir nicht behaupten, alles richtig
24 gemacht zu haben. Unsere Politik hat auch Schwächen und Fehler gehabt. Wir blicken am
25 Ende dieser elf Jahre auf ein Wahlergebnis, das mit 23 Prozent der Wählerstimmen das
26 schlechteste aller bisherigen Bundestagswahlen war.

27 Die Anzahl der Wählerinnen und Wähler der SPD hat sich seit 1998 auf zehn Millionen
28 halbiert. Wir haben seit 1998 schrittweise in verschiedene Richtungen verloren. Ein Teil hat
29 sich zur Partei „Die Linke“ und zu den Grünen orientiert, ein Teil in Richtung Union und FDP.
30 Ein dritter Teil wanderte nicht zu anderen Parteien ab, sondern entzog sich der Wahl.
31 Gegenüber 1998 hat die Wahlbeteiligung um über 11 Prozentpunkte abgenommen. Viele
32 frühere Wählerinnen und Wähler der SPD warten derzeit ab; sie wandern bislang nicht zu
33 anderen Parteien. Ein anderer Teil hat sich in Richtung Union und FDP orientiert, ein
34 weiterer Teil zur Partei „Die Linke“ und zu den Grünen. Die Ursachen all dieser
35 Entwicklungen werden wir unter Beteiligung der Gliederungen der Partei ergründen müssen.

1 Dafür werden wir die Ortsvereine und Unterbezirke der SPD bitten, dem Parteivorstand ihre
2 Erfahrungen und Bewertungen zur Bundestagswahl 2009 zuzuleiten. Zu Beginn des Jahres
3 2010 werden wir die Ergebnisse auf einer Konferenz aller Unterbezirke der SPD vorstellen
4 und einen gemeinsamen Prozess der Modernisierung der SPD und der Stärkung ihrer
5 Kampagnenfähigkeit beginnen. Wir müssen aus dem Wahlergebnis vom 27. September
6 2009 die richtigen Konsequenzen für die Zusammenarbeit in der SPD, die programmatische
7 Weiterentwicklung, unsere Kommunikation und Sprache, die organisationspolitische
8 Ausrichtung und die strategische Positionierung im Fünf-Parteien-System ziehen.

9 Manche Fragen müssen in besonderer Weise betrachtet werden: Warum hat die SPD in der
10 Arbeitnehmerschaft, der sozialen Mitte unserer Gesellschaft, an Zustimmung verloren? Und
11 warum gab es bei der Wahl 2009 einen massiven Einbruch in der Zustimmung bei den Jung-
12 und Erstwähler/innen? Warum haben wir in vielen ostdeutschen Regionen überproportional
13 verloren? Warum trauen viele Wähler der SPD nicht mehr die Bewältigung wichtiger
14 Aufgaben zu? Warum haben wir gerade in sozialen und kulturellen Fragen die
15 Meinungsführerschaft in Deutschland verloren? Warum hat sich die Aufmerksamkeit vieler
16 Wählerinnen und Wähler auf einige wenige (umstrittene) Reformmaßnahmen konzentriert
17 und warum haben viele (unumstrittene) Maßnahmen und Erfolge unserer Arbeit weniger
18 Aufmerksamkeit gefunden? Und warum hat die SPD seit 1998 weit über 200.000 Mitglieder
19 verloren und damit erheblich auch an Organisations- und Finanzkraft?

20 Für diese Entwicklungen gibt es keine einfachen Erklärungen, zumal sie sich auch bei
21 sozialdemokratischen Parteien in anderen europäischen Ländern beobachten lassen.
22 Wichtige und zum Teil gegenläufige Gründe für die Wahlniederlage sind allerdings bereits
23 jetzt klar:

- 24 • Die Arbeitsmarktreformen des Jahres 2004 und die Entscheidungen der großen Koalition
25 zur Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre hatten, so richtig ihre
26 Intention war, problematische Wirkungen und wurden von vielen Wählerinnen und
27 Wählern nicht akzeptiert;
- 28 • Abstiegsängste durch Leih- und Zeitarbeit und bei drohender Arbeitslosigkeit sowie die
29 Sorge vor Altersarmut spielten dabei eine wichtige Rolle;
- 30 • Trotz des enormen Einsatzes der SPD und der objektiven Erfolge bei der Bekämpfung
31 der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise fehlte es an einer Zuordnung
32 wirtschaftspolitischer Kompetenzen für die SPD;
- 33 • nicht nur mittelständische Unternehmen, sondern auch abhängig Beschäftigte sahen
34 eine nicht zu akzeptierende und ungerechte Benachteiligung in den massiven staatlichen
35 Hilfen und Subventionen für den Finanzmarkt auf der einen und den absehbaren

1 Schulden – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern zu tragenden Lasten – auf der
2 anderen Seite;

- 3 • Wählerinnen und Wähler waren unsicher, welche Regierungskoalition sie mit der
4 Stimmabgabe für die SPD letztlich bewirken würden;
- 5 • und nicht zuletzt sorgten häufige Wechsel an der Parteispitze und jahrelange öffentlich
6 ausgetragene innerparteiliche Konflikte für deutliche Verunsicherungen über die
7 Verlässlichkeit der SPD.

8 Die SPD wird diese Gründe inhaltlich und strategisch aufarbeiten und die dahinter stehenden
9 Fragen beantworten. Auch dies wird Gegenstand der gemeinsamen Wahlanalyse sein. Doch
10 diese Diskussion muss nach vorne gerichtet sein. Es geht um die Voraussetzungen einer
11 neuen Stärke der Sozialdemokratischen Partei.

12 Eines ist klar: Die SPD wird neue Stärke nicht dadurch wiedererlangen, dass sie
13 Einzelinteressen und Einzelthemen addiert. Schon jetzt besitzen wir schließlich in vielen
14 Bereichen politische Antworten, die gesellschaftlich mehrheitsfähig sind. Für gesetzliche
15 Mindestlöhne, die Sicherung der Arbeitnehmerrechte, den Atomausstieg oder die
16 Bürgerversicherung sprechen sich weit mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger aus.
17 Die SPD muss eine politische Leitidee entwickeln und vertreten, die Mehrheitsfähigkeit und
18 Meinungsführerschaft begründet.

19 Auch 50 Jahre nach der Verabschiedung unseres „Godesberger Programms“ wollen wir eine
20 Volkspartei bleiben. Das heißt vor allem: Wir bekennen uns zur Gesamtverantwortung für
21 unser Land. Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die weder Klientelpolitik betreibt,
22 noch sich auf einzelne Politikfelder reduziert. Wir stellen uns der Herausforderung,
23 wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander in
24 Einklang zu bringen.

25 Trotz der Verluste ist die SPD nach wie vor die Partei in Deutschland, deren Wählerpotenzial
26 sich am stärksten in allen Teilen der Gesellschaft wiederfindet. Das ist Vorteil und
27 Herausforderung gleichermaßen. Diese Wählerinnen und Wähler gewinnen wir nicht, indem
28 wir sie als zusammenhanglose „Zielgruppen“ begreifen. Entscheidend ist, das Gemeinsame
29 in den Mittelpunkt zu rücken. Was alle diese Wählerinnen und Wähler verbindet, ist die
30 Erwartung, dass die SPD eine moderne Idee sozialer Gerechtigkeit vertritt. Diese Idee geht
31 von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus, fordert gleiche Freiheit, gleiche Chancen und
32 den Ausgleich sozialer Unterschiede, aber auch, dass Leistung gefordert wird, aber auch
33 honoriert und anerkannt.

1 Aus dieser Idee einer gerechten Gesellschaft müssen sich schließlich – unter den
2 Bedingungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts – politische Konzepte und Begründungen
3 ableiten, die wichtige Kompetenzen begründen:

- 4 • Die Kompetenz, die Lebenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer
5 Familien in Deutschland zu verbessern und ihre Interessen zu vertreten.
- 6 • Die Kompetenz, für Wohlstand und Prosperität zu sorgen. Wir müssen den
7 Deutungswettbewerb darüber aufnehmen, was Wirtschaftskompetenz in Deutschland
8 eigentlich bedeutet: für wirtschaftliche Einzelinteressen oder für das Gemeinwohl zu
9 stehen?
- 10 • Die Kompetenz, ein liberales und weltoffenes Land zu erhalten.
- 11 • Und nicht zuletzt die Kompetenz, gesellschaftlichen Fortschritt und eine lebenswerte
12 Zukunft zu ermöglichen.

13 Neben diese Kompetenzen muss Klarheit und Glaubwürdigkeit treten. Viele Bürgerinnen und
14 Bürger sagen uns: „Wir wissen nicht, wofür ihr derzeit steht“. Wenn wir selbstkritisch
15 zurückblicken, haben wir zu oft abstrakte Antworten formuliert – auf Fragen, die sich für die
16 Bürgerinnen und Bürger sehr konkret und individuell stellen. Manche gesetzlichen
17 Regelungen haben das persönliche und gesellschaftliche Gerechtigkeitsempfinden verletzt.
18 Der Lebensleistung und der individuellen Lebenslage wurde nicht immer hinreichend
19 Rechnung getragen – zumal in einer Zeit, in der der Druck der Globalisierung und die
20 gesellschaftlichen Fliehkräfte für viele sehr konkret spürbar wurden und die Schere der
21 Verteilung von Einkommen und Vermögen auseinander ging.

22 Wir brauchen eine politische Sprache, die in der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger
23 verankert ist. Unsere Sprache muss unsere Werte und Ziele vermitteln. Und sie muss von
24 allen Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden. Sie ist das wichtigste Medium der Politik.

25 Eine neue gesellschaftliche Verankerung der SPD wird sich nur im kritischen Diskurs und mit
26 einer Öffnung nach außen entwickeln. Aktuelle Wahlerfolge auf kommunaler Ebene zeigen,
27 wie entscheidend die enge Einbindung in die Bürgergesellschaft, die Vereine und Verbände
28 vor Ort ist. Hier wächst Vertrauen. Erforderlich ist aber auch der – oft spannungsreiche –
29 Austausch mit kritischen Köpfen in Wissenschaft, Kultur und sozialen Bewegungen. Die SPD
30 braucht Impulse von außen. Und schließlich muss sich die SPD öffnen für die neuen
31 Kommunikationsgewohnheiten (nicht nur) der jungen Generation im Netz und für das
32 „digitale Lebensgefühl“.

33 Die SPD hat insbesondere in den Städten an Zustimmung verloren. Liberalität, Weltoffenheit,
34 Integration und Zusammenhalt müssen in den Städten stetig aufs Neue erkämpft und
35 errungen werden. Die SPD ist und bleibt die Kraft des Zusammenhalts der Städte und
36 Kommunen. In der Kommission „Große Städte“ hat die SPD erste Wege diskutiert, wie

1 Sozialdemokraten programmatisch, organisatorisch und personell sich wieder näher am
2 Lebensgefühl der Städte aufstellen können. Gemeinsam mit den erfolgreichen
3 sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie
4 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern werden wir daher Mittel finden müssen, wie die SPD
5 zu neuer Kraft in den Städten kommen kann.

6 Grundlegend ist die demokratische Verständigung nach innen. Selbstbewusste Mitglieder
7 fordern Mitspracherechte über die Politik ihrer Partei ein. Eine Partei braucht Mitglieder, die
8 von der Sache überzeugt sind. Im Jahr 1998 war die SPD politisch nicht in allen Punkten mit
9 sich selbst im Reinen, als sie Regierungsverantwortung übernahm. Dies darf sich nicht
10 wiederholen. Wir wurden gewählt, weil wir für „Innovation und Gerechtigkeit“ standen. Aber
11 wir haben untereinander nicht hinreichend geklärt, was mit „Innovation“ und was mit
12 „Gerechtigkeit“ gemeint war.

13 Die Erarbeitung des Hamburger Grundsatzprogramms war ein gelungenes Beispiel für einen
14 die Partei einigenden, demokratischen und beteiligungsorientierten Prozess. Auf dieser
15 Basis ist das Regierungsprogramm für die Wahl 2009 entstanden. Das
16 Regierungsprogramm, mit dem die SPD im Jahr 2013 antritt, wird in seinen wesentlichen
17 Teilen Ergebnis einer ausführlichen Diskussion über die Soziale Demokratie der Zukunft
18 sein.

19
20

21 **II. Unsere Aufgaben in der Opposition**

22

23 Die Parteien haben den grundgesetzlichen Auftrag, bei der politischen Willensbildung des
24 Volkes mitzuwirken. Auch in der Opposition hat die SPD eine zentrale Verantwortung für
25 unser Land.

26 Die neue schwarz-gelbe Regierung ist eine Zwei-Klassen-Koalition. Sie betreibt eine Politik
27 der gesellschaftlichen Spaltung. Nicht zufällig hat sie zentrale steuer- und sozialpolitische
28 Themen zunächst in Kommissionen vertagt. Sie will die Bürgerinnen und Bürger bis zur Wahl
29 in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2010 im Unklaren lassen. Doch schon jetzt steht fest,
30 dass sie auf wichtige Herausforderungen unserer Zeit falsch reagiert:

- 31 • Sie setzt auf ein „Weiter so“ nach der Finanzkrise. Sie ignoriert die Ursachen der tiefsten
32 Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Die Verursacher der Krise werden nicht an den Lasten
33 beteiligt.
- 34 • Die geplanten Steuersenkungen – auch für Unternehmen und Vermögende – sowie der
35 geplante Stufentarif kommen nur Wenigen zugute. Sie sind konjunkturpolitisch falsch, da

1 das Geld für nachhaltige Zukunftsinvestitionen und eine Stärkung kleiner Einkommen
2 fehlt. Sie sind ungerecht, weil die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nun steigende
3 Abgaben und Gebühren zu zahlen hat. Entlastungen für die schwarz-gelbe Klientel „auf
4 Pump“ durch einen “Rettungsfonds für unbezahlbare Steuersenkungen“ haben mit
5 seriöser Finanzpolitik nichts zu tun, sondern sind ein politischer Skandal. Denn früher
6 oder später werden diejenigen dafür zahlen, die auf ein solidarisches Gemeinwesen
7 angewiesen sind. Darüber können auch nicht die jetzt zu Anfang verteilten Bonbons
8 (Kindergelderhöhung, Schonvermögen, etc.) hinweg täuschen.

- 9 • Im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik wird vorexerziert, wohin Schwarz-Gelb
10 will: Die schrittweise Privatisierung und Entsolidarisierung der sozialen Sicherung. Die
11 Versicherten werden höhere Beiträge zahlen und mehr Kosten alleine tragen müssen,
12 die solidarische Finanzierung wird zurückgedrängt; auch unter den Ländern.
- 13 • Schwarz-Gelb will den Niedriglohnsektor ausbauen. Befristete Beschäftigung wird
14 erleichtert. Sogar die bestehenden Mindestlöhne sollen überprüft werden. Die neuen
15 Vetomöglichkeiten der Arbeitgeberverbände und der FDP lassen befürchten, dass sogar
16 bestehende Mindestlöhne nicht verlängert werden.
- 17 • Schwarz-Gelb will längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Diese rückwärtsgewandte
18 Energiepolitik erschwert den Ausbau erneuerbarer Energien und vergrößert die Menge
19 an Atom Müll. Der gesellschaftliche Konsens wird aufgebrochen, der energiepolitische
20 Frieden in Deutschland wird aufgekündigt.
- 21 • Schwarz-Gelb knickt bei der Finanzierung der internationalen Armutsbekämpfung ein.
22 Sie verabschieden sich von einem verbindlichen Leitziel. Damit wird das Erreichen des
23 0,7-Prozent-Ziels bei der Armutsbekämpfung faktisch aufgegeben.

24 Wir werden uns der schwarz-gelben Regierung als konsequente Opposition
25 gegenüberstellen und ihr eine glaubwürdige und realistische Alternative entgegensetzen, um
26 damit neues Vertrauen und neue Stärke für die SPD zu erringen und die jetzige Regierung
27 wieder abzulösen.

28 Wir werden die politische Auseinandersetzung mit Schwarz-Gelb nicht nur im Bundestag und
29 Bundesrat, sondern auch in der gesellschaftlichen Debatte führen. Immer da, wo es sich
30 anbietet, gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen.

31 Erforderlich ist eine enge Zusammenarbeit des SPD-Parteivorstands, der SPD-
32 Bundestagsfraktion, der SPD-geführten Landesregierungen, der sozialdemokratischen
33 Landtagsfraktionen sowie unserer EU-Parlamentarier und Kommunalpolitiker. Wir wollen
34 Kräfte und Ideen bündeln und gemeinsame Schlagkraft entfalten.

1 In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein Fünf-Parteiensystem entwickelt. Damit hat
2 auch der Wettbewerb zwischen den Parteien zugenommen. Die SPD wird ihre
3 Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien von politischen Inhalten und
4 Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit und in der Regierungsbildung abhängig machen.
5 Weder schließen wir bestimmte Koalitionen aus Prinzip aus noch streben wir aus Prinzip
6 bestimmte Koalitionen an. Die SPD definiert sich und ihre Politik nicht über die Abgrenzung
7 oder Ableitung von anderen Parteien, sondern über ihre eigene Tradition, ihre Werte und ihr
8 politisches Programm.

9 Die Grundlagen unserer Arbeit sind das Hamburger Grundsatzprogramm, das beschlossene
10 Regierungsprogramm für die neue Legislaturperiode und der von Frank-Walter Steinmeier
11 vorgelegte Deutschlandplan „Arbeit von morgen“. Wo nötig, werden wir diese Gedanken
12 weiterentwickeln und konkretisieren.

13

14 **Konsequenzen aus der Krise ziehen – Neustart der Sozialen Marktwirtschaft**

15 Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt: Marktliberale Ideologien wie die Deregulierung
16 und das kurzfristige Renditedenken sind gescheitert. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.
17 Dafür ist der Preis zu hoch: Die Vernichtung von Wohlstand und der Verlust von
18 Arbeitsplätzen verstärken die soziale Spaltung. Eine Krise wie diese darf sich nicht mehr
19 wiederholen. Deshalb brauchen wir einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft und
20 weltweite Spielregeln für die Finanzmärkte. Unser Ziel ist es, stabile und funktionsfähige
21 Finanzmärkte zu erhalten. Sie müssen auf ihre dienende Aufgabe verpflichtet werden. Die
22 Finanzmärkte brauchen Leitplanken, zumal viele Akteure bereits wieder so handeln, als ob
23 die Krise nie stattgefunden hätte.

24 • Wir brauchen internationale, europäische und nationale Maßnahmen, um den Casino-
25 Kapitalismus zu überwinden. Wer vom Casino-Kapitalismus nicht reden will, sollte von
26 der Sozialen Marktwirtschaft schweigen. Wir wollen Spekulation begrenzen und mehr
27 Kapital in echte Investitionen lenken. Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds müssen
28 reguliert und die Finanzmarktaufsicht muss verschärft werden. Wir werden die
29 Entscheidung der neuen Bundesregierung, der Bundesbank die alleinige
30 Finanzmarktaufsicht zu übertragen, kritisch begleiten. Für die Verbraucher muss ein
31 Finanz-TÜV eingerichtet werden. Das dreigliedrige deutsche Bankensystem hat sich in
32 der Krise bewährt. Wir werden es weiterentwickeln und insbesondere den
33 genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektor erhalten. Wir werden darauf achten,
34 ob die von uns auf dem G20-Gipfel eingebrachte internationale Finanzmarktsteuer von
35 der neuen Bundesregierung weiter verfolgt und durchgesetzt wird – wenn nicht
36 international, dann europäisch und national.

- 1 • Wir werden ein „Leitbild nachhaltige Unternehmensführung und Finanzanlage“
2 erarbeiten. Nachhaltigkeit und Sozialpartnerschaft müssen Leitbilder in und von
3 Unternehmen werden. Dazu gehören für uns die Mitbestimmung im Unternehmen, der
4 Ausbau der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, die Gemeinwohlverpflichtung von
5 Aktiengesellschaften und die Begrenzung von Vorstands- und Managergehältern. Hierzu
6 gehört auch die Unterstützung von Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, das eigene
7 Sparkapital nachhaltig und verantwortungsbewusst anzulegen.
- 8 • Wir werden anregen, beim Deutschen Bundestag eine Enquête-Kommission zu den
9 Ursachen und Folgen der Finanzkrise einzurichten.

10

11 **Einen handlungsfähigen Staat erhalten**

12 Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, die Förderung von Familien, die
13 finanzielle Sicherung des Sozialstaates, Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung sind
14 zentrale Aufgaben des Staates. Nur ein starker, weil handlungsfähiger Staat kann all das
15 leisten. Verlässliche Steuereinnahmen und solide Finanzen sind das Fundament eines
16 handlungsfähigen Staates. Gleichzeitig müssen die finanziellen Folgekosten der Wirtschafts-
17 und Finanzkrise bewältigt werden – und das bei einem massiven Rückgang der
18 Steuereinnahmen. Dabei setzen wir auf vier Elemente:

- 19 • Wachstumsorientierte Konsolidierung: Hohe Schulden schränken die Handlungsfähigkeit
20 des Staates zukünftig weiter ein. Unter der neuen Bedingung der gesetzlichen
21 Schuldenregel kann ein handlungsfähiger Staat nur aufrechterhalten werden, wenn die
22 Wirtschaft wächst und ausreichend Steuereinnahmen sichergestellt werden. Ohne eine
23 aktive Konjunkturpolitik wird das Konsolidierungsziel verfehlt.
- 24 • Handlungsfähigkeit aller Regionen und Ebenen sicherstellen: Wir lehnen einen
25 Wettbewerbsföderalismus, der schwache Regionen finanziell noch schwächer macht, ab.
26 Den Solidarpakt II wollen wir erhalten. Deutschland braucht eine Stärkung der Städte,
27 Gemeinden und Kreise, damit diese ihre vielfältigen Leistungen für die Sicherung der
28 Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger auch künftig aufrecht erhalten können. Bund
29 und Länder müssen gemeinsam mit den Kommunen Wege finden, wie die Kommunen
30 aus der Schuldenfalle herauskommen können, wie die Gleichwertigkeit der
31 Lebensverhältnisse gewahrt werden kann und wie gesamtstaatliche Aufgaben
32 gemeinsam besser verantwortet und bewältigt werden können.
- 33 • Einen solidarischen Lastenausgleich: Für umfassende Steuersenkungen sehen wir auf
34 absehbare Zeit keinen finanziellen Spielraum. Die Kosten der Wirtschafts- und
35 Finanzkrise müssen gerecht verteilt werden. Alle, vor allem die Verantwortlichen, müssen
36 sich beteiligen. Element eines solidarischen Lastenausgleichs ist die Einführung einer

1 internationalen Finanzmarktsteuer oder im nationalen Rahmen zumindest einer
2 Börsenumsatzsteuer. Wir wollen auf Spitzeneinkommen einen „Bildungssoli“ einführen,
3 der einen Beitrag zur Steigerung dringend nötiger Bildungsinvestitionen leistet.

- 4 • Eine sozial gerechte und nachhaltige Steuerpolitik: Wir werden der Politik der neuen
5 Bundesregierung ein sozialdemokratisches Steuerkonzept entgegensetzen. Partei und
6 Bundestagsfraktion werden dies auf Basis der Eckpunkte des Regierungsprogramms
7 gemeinsam entwickeln. Dieses Steuerkonzept soll Spekulation begrenzen und Anreize
8 für nachhaltiges Wirtschaften sowie eine Erhöhung der Investitionen setzen. Es wird den
9 erfolgreichen Ansatz einer ökologischen Besteuerung fortführen. Unser Steuerkonzept
10 wird Vermögende stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und
11 Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen. In diesem Konzept ist auch
12 der Zusammenhang zwischen Steuern und Sozialabgaben zu berücksichtigen. Es wird
13 familien- und geschlechtergerecht sein, in dem es auf einen Kindergrundfreibetrag
14 umstellt und der Vorteil des Ehegattensplitting bei hohen Einkommen gekappt wird.

15 16 **Arbeit in der Krise heute sichern – Innovationen und Investitionen stärken – Arbeit** 17 **von morgen schaffen**

18 Es war das mutige und entschlossene Handeln der SPD in der Regierung, das dafür gesorgt
19 hat, dass die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland bislang weit
20 weniger spürbar sind, als in den meisten anderen Industrieländern. Insbesondere der
21 entschlossene Einsatz der Kurzarbeit ist die Ursache dafür, dass Hunderttausende
22 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze behalten konnten. Wir werden in der
23 Opposition genau darauf achten, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den von uns
24 markierten Pfad nicht verlässt. Es darf nicht sein, dass Arbeitnehmer, Kleinunternehmer,
25 Rentner, Familien und Sozialleistungsempfänger die Folgen der Krise ausbaden müssen.

26 Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung, wir wollen gute Arbeit schaffen. Beschäftigungspolitisch
27 müssen jetzt die Weichen für die Zeit nach der Krise gestellt werden. Die Zukunft unseres
28 Landes liegt nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten
29 Arbeitsbedingungen. Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen: hohe Produktivität, die
30 Entwicklung innovativer Produkte und Produktionsverfahren sowie hoch qualifizierte
31 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

- 32 • Arbeit und Umwelt: Der Sektor, auf dem in den kommenden Jahren Wachstum und
33 Beschäftigung in besonderem Maße möglich wird, ist der Sektor der
34 Umwelttechnologien. Weltweit wachsende Industrialisierung und weltweit steigender
35 Ressourcenverbrauch erfordern eine massive Steigerung der Effizienz eingesetzter
36 Rohstoffe und der Wechsel zu nachhaltig produzierten erneuerbaren Rohstoffen – nicht

1 nur in der Energiepolitik. Effizienz und erneuerbare Rohstoffe sind die Schlüssel für
2 nachhaltiges und umweltschonendes Wachstum in Deutschland, Europa und weltweit.
3 Und sie sind die entscheidenden Antworten auf eine der größten Herausforderungen des
4 21. Jahrhunderts: der Bekämpfung des globalen Klimawandels. Deutschland hat in den
5 Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung dabei besonders große Fortschritte
6 erzielt. Rund 300.000 neue Arbeitsplätze allein im Bereich erneuerbarer Energien und
7 1,8 Millionen Arbeitsplätze in der Umwelttechnik sind ein deutlicher Beleg dafür. Bis 2020
8 können diese Arbeitsplätze mehr als verdoppelt werden.

- 9 • Arbeit „Menschen für Menschen“: Neue Arbeit entsteht zudem dort, wo Menschen
10 Dienstleistungen für Menschen erbringen: in der Betreuung, der Bildung, der Pflege. Der
11 demografische Wandel bringt ganz neue Bedarfe und Beschäftigungsmöglichkeiten
12 hervor. Die Expansion von Beschäftigung setzt jedoch stabile Finanzierungsbedingungen
13 ebenso voraus wie weitergehende Reformen unseres Sozialstaats.
- 14 • Kreative Arbeit: Die Kreativwirtschaft trägt seit Jahren immer stärker zum Wirtschafts-
15 und Beschäftigungswachstum bei. Wir halten fest am Bestreben, zwischen Politik,
16 Wirtschaft, Künstlern und Kreativen einen „Kreativpakt“ zur besseren Absicherung und
17 Vergütung zu verabreden.
- 18 • Projekt „Innovationen und Arbeit von morgen“: Der Erhalt und die Steigerung der
19 Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ist für die SPD ein zentrales Anliegen. Nur
20 durch Innovationen und Investitionen entsteht neuer Wohlstand und neue Arbeit. Wir
21 werden gemeinsam mit Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften einen
22 wirtschaftspolitischen Dialog starten, um ein volkswirtschaftliches und
23 beschäftigungspolitisches Gesamtkonzept „Innovationen und Arbeit von morgen“ zu
24 formulieren, in dem die Gedanken unseres Regierungsprogramms und des
25 „Deutschlandplans“ fortgeschrieben und konkretisiert werden. Dieses Konzept muss
26 differenzierte Lösungen für die jeweiligen regionalen Ausgangslagen in Ost- und
27 Westdeutschland beinhalten. Dabei findet der Prozess der Angleichung der Arbeits- und
28 Lebensbedingungen in den neuen Ländern unsere besondere Beachtung. Wir brauchen
29 eine integrierte Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik. Das zentrale Anliegen
30 dieses Konzepts wird die Bündelung von Ansätzen sein, mit denen Leitmärkte der
31 Zukunft identifiziert und ausgebaut, Innovationen gefördert und die private sowie die
32 öffentliche Investitionsquote erhöht werden können. Hierzu gehört auch eine neue
33 Balance zwischen einer wettbewerbsfähigen Exportwirtschaft und einer starken
34 Binnenwirtschaft. Erforderlich ist die strategische Bündelung aller Instrumente: vor allem
35 der Forschungsförderung, der Qualifizierungspolitik, der Steuerpolitik, der Regulierung
36 sowie der öffentlichen Nachfrage und Beschaffung. Eine besondere Rolle muss die

1 Förderung von Ressourceneffizienz spielen, auch um mehr Spielräume für hohe
2 Lohnabschlüsse und die öffentliche Nachfrage zu gewinnen.

3

4 **Klimaschutz und Umweltschutz als globale Aufgabe**

5 Das Wirtschafts- und Entwicklungsmodell der traditionellen Industriegesellschaften ist kein
6 Vorbild für das 21. Jahrhundert. Die Folgen des ungehemmten Verbrauchs von Energie,
7 Rohstoffen und Natur sowie uneingeschränkter CO₂-Emissionen kann unser Planet nicht
8 verkraften. Die globale Erwärmung und der globale Verlust an biologischer Vielfalt zeigen,
9 dass das Ökosystem Erde aus dem Gleichgewicht zu geraten droht. Das rasante
10 Bevölkerungswachstum in vielen Teilen der Welt wird die Probleme noch verschärfen. Die
11 Antwort auf diese Herausforderung kann nicht in einem Verzicht auf globale Entwicklung und
12 Wirtschaftswachstum bestehen. Wir müssen unser Wirtschaftsmodell neu justieren und
13 Innovationen ins Zentrum unseres Wirtschaftens stellen. Wir setzen auf eine kooperative
14 Energie- und Ressourcenpolitik in der Welt. Wir wollen verhindern, dass aus einem immer
15 härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen. Wir fördern
16 regionale Kooperation bei der nachhaltigen Ressourcennutzung und setzen uns für starke
17 internationale Institutionen im Energiebereich ein.

18 Die schwarz-gelbe Regierung legt den energiepolitischen Rückwärtsgang ein. Die geplanten
19 Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken stärken die Monopolstrukturen auf dem
20 deutschen Energiemarkt, machen Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks
21 rückgängig und schwächen den Standort Deutschland erheblich. Egal welche Gegenleistung
22 von den AKW-Betreibern erbracht wird, es bleibt ein lukratives Geschäft, das die
23 Erneuerbaren Energien behindert und die Menge an radioaktivem Müll erheblich vergrößert.
24 Wir brauchen massive Anstrengungen bei der Energieeinsparung und einen Energiemix, der
25 die Potenziale der Erneuerbaren Energien so weit wie möglich ausschöpft. Auf fossile
26 Energieträger kann in diesem Energiemix auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden. Wir
27 setzen uns dafür ein, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau vor
28 2012 wirksam gemacht und eine Beendigung der heimischen Steinkohleförderung verhindert
29 wird.

- 30 • Unser Ziel bleibt die Reduzierung der Treibhausgase in Deutschland gegenüber 1990 um
31 mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2020. Wir werden sehr genau hinschauen, ob die
32 neue Bundesregierung auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen die Klimaziele
33 ambitioniert vertritt.
- 34 • Die SPD wird das Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie konsequent weiter verfolgen
35 und aktiver Teil der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland sein. Dabei wollen wir eine
36 ergebnisoffene Endlagersuche, um die bestmögliche und sicherste Lösung zu erzielen.

- 1 • Wir treten für die Gründung einer Deutschen Netz AG ein. Dabei muss eine staatliche
2 Beteiligung gewährleistet sein. Die Stromversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge.

3

4 **Arbeitnehmerrechte erhalten und ausbauen**

5 Zu den Stärken unserer sozialen Marktwirtschaft gehören klare und eindeutige
6 Arbeitnehmerrechte. Ein sicheres Arbeitsverhältnis ist die beste Grundlage für hohe Leistung
7 und kreative Ideen. Deshalb lehnen wir jede Lockerung des Kündigungsschutzes ab. Wir
8 stehen für den Erhalt der Tarifautonomie und für einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte
9 ein. Gerade in der Krise ist deutlich geworden, wie sehr Unternehmen vom Wissen und
10 Können ihrer Belegschaften profitieren können.

- 11 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland
12 zurückgedrängt wird und Mindestlöhne zumindest die schlimmsten Dumpinglöhne
13 verhindern. Am Ziel eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohnes als unterste Grenze
14 halten wir fest. Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem
15 zentralen Kriterium wird.
- 16 • Wir werden gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorgehen. Wir sehen diesen
17 Missbrauch mit Sorge und unterstützen alle Bemühungen, sie besser zu reglementieren,
18 die Mitbestimmungsrechte zu stärken und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche
19 Arbeit“ ebenso durchzusetzen wie einen Mindestlohn.
- 20 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte
21 ausgeweitet werden – zum Beispiel im Hinblick auf Aus- und Weiterbildung und eine
22 geschlechtergerechte Entlohnung.

23

24 **Soziale Sicherheit gewährleisten**

25 Nur als Sozialstaat ist Deutschland in der Welt wettbewerbsfähig. Die soziale Absicherung
26 von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Unfall ist eine kulturelle
27 Errungenschaft, auf die wir stolz sind. Deswegen ist es falsch, die Leistungsfähigkeit der
28 sozialen Sicherungssysteme zu verringern, um Steuersenkungen zu finanzieren. Wir
29 brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat, getragen von der Idee, dass alle Bürgerinnen
30 und Bürger solidarisch füreinander eintreten. Die Bürgerversicherung ist Ausdruck dieses
31 Bestrebens. Wir treten außerdem dafür ein, präventive Elemente der sozialen Sicherung zu
32 stärken, damit Menschen gar nicht erst in Notlagen geraten. Die Erweiterung der
33 Arbeitslosenversicherung zur qualifikationsorientierten Arbeitsversicherung und die weitere
34 Modernisierung der Arbeitsvermittlung sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Wir wissen,
35 dass viele Bürgerinnen und Bürger Angst vor Armut haben. Deshalb sind Teilhabe an Arbeit

1 und ein vernünftiges System der Grundsicherung so wichtig. Gerade mit Blick auf die
2 Absicherung im Alter werden neue Sicherungsangebote wichtig werden.

- 3 • Wir wollen ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen und erwarten
4 von der neuen Bundesregierung, dass sie zügig einen entsprechenden Gesetzentwurf
5 vorlegt.
- 6 • Wir werden unsere bereits erarbeiteten Konzepte zur Reform der Sozialversicherungen
7 (Bürger-Kranken- und Pflegeversicherung, Arbeitsversicherung,
8 Erwerbstätigenversicherung in der Rente) in einem „Leitbild Bürger-Sozialstaat“ bündeln.

9

10 **Gleichstellung durchsetzen**

11 Wir wollen, dass Frauen und Männer ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes,
12 eigenständiges, sozial abgesichertes Leben führen können, mit existenzsicherndem
13 Einkommen und ausreichender Alterssicherung, ohne auf Rollenmuster fixiert zu werden,
14 ohne Gewalt und Diskriminierung. Ein besonderer Fokus muss auf der Lebenssituation
15 Alleinerziehender und älterer allein lebender Frauen liegen. Grundlegend ist die
16 Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben.

- 17 • Wir wollen eine verbindliche gesetzliche Regelung, um das Ziel "Gleicher Lohn für
18 (gleich)wertige Arbeit" zu erreichen. Dazu haben wir ein entsprechendes
19 Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt.
- 20 • Mehr Frauen in Führungspositionen sind nur mit einem Gleichstellungsgesetz für die
21 Privatwirtschaft und verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben zu erreichen. Mit Hilfe
22 einer Quotenregelung wollen wir sicherstellen, dass mindestens 40 Prozent Frauen in
23 Aufsichtsgremien vertreten sind.
- 24 • Wir wollen die völlige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften und eine
25 Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz um das Diskriminierungsverbot auf Grund der
26 sexuellen Identität.

27

28 **Integration und gleiche Chancen durch bessere Bildung**

29 Trotz großer politischer Anstrengungen der SPD in Bund und Ländern sind die Chancen in
30 unserer Gesellschaft noch immer ungerecht verteilt. Die soziale und kulturelle Herkunft
31 bestimmt in hohem Maße über den späteren Lebensweg. Wir wollen Aufstiegshoffnungen
32 und Aufstiegsmöglichkeiten wieder stärken. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine
33 Politik für Chancengleichheit – und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen müssen wir – vor
34 allem im Hinblick auf Kinder und Jugendliche – Bildungs-, Jugend-, Integrations- und

1 Familienpolitik zusammen denken. Zum anderen brauchen wir ein integriertes
2 sozialdemokratisches Konzept für Bund, Länder und Kommunen.
3 Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen,
4 kulturellen und politischen Leben. Die Integration von Kindern und Jugendlichen aus
5 Einwandererfamilien, aber auch aus sozial schwachen Familien, ist eine
6 Querschnittsaufgabe. Was in der frühen Förderung, vor allem der Kenntnisse der deutschen
7 Sprache, versäumt wird, kann später nur mühsam nachgeholt werden.

- 8 • Mit unserem bildungspolitischen Grundsatzbeschluss „Aufstieg durch Bildung“ vom
9 September 2008 haben wir eine gemeinsame Grundlage für eine integrierte
10 Bildungspolitik gelegt. Diese Politik ist der rote Faden unserer Bildungspolitik auf allen
11 Ebenen. Nicht alle Instrumente müssen identisch sein, sehr wohl aber die Grundsätze.
12 Wir wollen ein Bildungssystem, das früh ansetzt, Kinder länger gemeinsam lernen lässt,
13 modernen Standards entspricht und gut ausgestattet ist, keine Gebühren verlangt und
14 zweite oder auch dritte Chancen ermöglicht. Gerade um eine integrierte Politik für
15 Chancengleichheit zu realisieren, brauchen wir in der SPD einen Ort, an dem der
16 ständige Austausch sozialdemokratischer Politikerinnen und Politiker aller Ebenen
17 möglich ist.
- 18 • Wir nehmen die Vereinbarungen des Qualifizierungsgipfels von Bund und Ländern ernst.
19 Die SPD hält an dem Ziel fest, mindestens sieben Prozent in Bildung und mindestens
20 drei Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren.

21

22 **Kinder und Familien stärken**

23 Wir wollen eine moderne und soziale Familienpolitik, die Vielfalt von Familien respektiert und
24 sie in allen Lebensphasen unterstützt, von der Geburt eines Kindes bis zum
25 selbstbestimmten Altern in Würde, mit guter pflegerischer Begleitung und medizinischer
26 Versorgung. Familien sind so bunt wie das Leben. Wir wollen Menschen nicht vorschreiben,
27 wie sie zu leben haben, sondern unterstützen sie, wenn sie Verantwortung füreinander
28 übernehmen. Familie ist für uns dort, wo Menschen partnerschaftliche Verantwortung
29 übernehmen: Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein –, Alleinerziehende,
30 Patchwork- und Regenbogenfamilien und auch der Single, der sich um seine
31 pflegebedürftigen Eltern sorgt, gehören dazu.

- 32 • Wir wollen Deutschland zu einem Kinderland machen: Familien stärken, Betreuung und
33 Bildung von Anfang an, Kinderarmut bekämpfen, Kinder vor Vernachlässigung und
34 Gewalt schützen und Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Aufbauend auf unsere

1 bisherigen familienpolitischen Maßnahmen und Beschlüssen entwickeln wir das
2 Programm „Kinderland Deutschland“.

3

4 **Innere Sicherheit und Bürgerrechte**

5 Sicherheit zu garantieren, angesichts Bedrohungen ganz unterschiedlicher Art, bleibt eine
6 fortwährende Herausforderung der Innenpolitik. Dabei ist wesentlich, die sensible Balance
7 zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit aller zu halten. Alte Instrumente,
8 insbesondere jene mit Eingriffscharakter, müssen genauso wie neue auf Ausgewogenheit
9 und Verhältnismäßigkeit überprüft und bei Bedarf konsequent angepasst werden.

- 10 • Das Thema Jugendgewalt werden wir aufgreifen: Die (oftmals) einhergehenden sozialen
11 Ursachen müssen identifiziert werden, um ihnen mit einem Präventionskonzept
12 erfolgreich entgegenzutreten zu können.
- 13 • Eine zentrale Aufgabe wird es sein, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit
14 insbesondere im Internet sicherzustellen. Die notwendige Diskussion werden wir auch
15 mit Netzaktivistinnen und Netzaktivisten sowie der "Blogosphäre" führen. Eine Zensur
16 des Internets ist keine Lösung. Wo sie droht, räumen wir Datenschutz und Bürgerrechten
17 einen höheren Stellenwert ein.

18

19 **Verantwortungsbewusste Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik**

20 Wir setzen auf eine kooperative Weltordnung, die auf Dialog statt auf Konfrontation setzt.
21 Dafür muss die EU international mit einer Stimme sprechen. Auch nach dem Inkrafttreten
22 des Lissabon-Vertrags halten wir am Ziel einer echten EU-Verfassung fest. Bei der
23 beschlossenen EU-Erweiterungspolitik muss es bleiben. Ein Rückzieher würde die
24 Verlässlichkeit deutscher und europäischer Außenpolitik in Frage stellen und Türen
25 schließen, statt sie zu öffnen.

26 In unserem Kampf für eine atomwaffenfreie Welt werden wir nicht nachlassen. Wir wollen
27 alle Massenvernichtungswaffen abrüsten. Das gilt auch für die taktischen Nuklearwaffen in
28 Deutschland und Europa. Konventionelle Waffenarsenale wollen wir entschieden weiter
29 reduzieren. Wir bleiben einer restriktiven Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Im Sinne eines
30 umfassenden Sicherheitsbegriffs gehören Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit
31 und Menschenrechte zusammen. Die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte ist
32 für uns nicht verhandelbar. Wir halten unverändert am Stufenplan für die Erhöhung der Mittel
33 für die Entwicklungszusammenarbeit fest.

34 Konflikte wollen wir präventiv und auf diplomatischem Weg lösen. Als ultima ratio werden wir
35 einem Einsatz der Bundeswehr nur zustimmen, wenn ein politisches Gesamtkonzept

1 vorliegt, der Einsatz durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der UNO legitimiert ist, er
2 dem deutschen Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt der Nation nicht
3 widerspricht und der Bundestag zustimmt. Beim Einsatz in Afghanistan bleiben wir dabei,
4 dass in dieser Legislaturperiode die Grundlage für den Abzug der Bundeswehr geschaffen
5 werden muss. Der Zehn-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier zeigt auf, was dafür zu
6 tun ist. Die afghanische Regierung muss stärker in die Pflicht genommen werden, die
7 afghanischen Sicherheitskräfte müssen zunehmend Verantwortung für die eigene Sicherheit
8 übernehmen, damit die Fortschritte im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in
9 Bildung und Gesundheit – insbesondere für Frauen und Mädchen – nicht gefährdet werden.

- 10 • In unserer „Einigen Welt“ haben internationale Organisationen einen entscheidenden Anteil
11 bei der Gestaltung einer multilateralen Politik. Deshalb wollen wir sie stärken und an die
12 internationale Architektur des 21. Jahrhunderts anpassen. Die SPD versteht sich als
13 Partnerin aller Nichtregierungsorganisationen, die sich für Frieden, Menschenrechte, eine
14 gerechte Weltwirtschaftsordnung und für Umweltschutz einsetzen.
- 15 • Wir werden unseren Beitrag leisten, damit die Sozialdemokratie wieder zur
16 bestimmenden Kraft in Europa wird. Zusammen mit unseren Schwesterparteien, mit
17 denen wir in SPE, in der sozialistischen Fraktion des Europa-Parlaments und in der
18 Sozialistischen Internationale verbunden sind, werden wir weiter weltweit
19 zivilgesellschaftliche Strukturen fördern und bei der Gründung und Unterstützung
20 sozialdemokratischer Parteien helfen. Dies beinhaltet auch kritische Dialoge.

23 III. **Politische Initiativen für eine Gesellschaft der selbstbestimmten und freien** 24 **Bürgerinnen und Bürger**

25
26 Bereits am Anfang der SPD vor 146 Jahren standen zwei Überzeugungen: Erstens, dass
27 jede und jeder selbstbestimmt und frei leben können soll und kann. Diese Freiheit des
28 Einzelnen findet ihre Grenzen an der Freiheit des jeweils anderen. Und zweitens, dass man
29 sich zusammenschließen und verständigen muss, damit die gesellschaftlichen Verhältnisse
30 diese Selbstbestimmtheit möglich machen. Sozialdemokratische Politik strebt seit je her
31 nach der Emanzipation der und des Einzelnen. Wir bleiben deshalb auch zukünftig
32 Wertepartei. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen unsere politischen Ziele und unser
33 politisches Handeln.

34 Diese Überzeugungen tragen uns bis heute. Doch in den letzten Jahrzehnten hat sich etwas
35 verändert. Die Sicherheit im Wandel ist brüchig geworden. Die zu Beginn der Bundesrepublik

1 aufwachsende Gewissheit, dass es besser wird und aufwärts geht, gesellschaftlich und für
2 jeden Einzelnen, ist einer Ungewissheit über die Zukunft gewichen. Viele haben das Gefühl,
3 dass ihnen die Verhältnisse über den Kopf wachsen und sie ihr eigenes Leben nicht
4 ausreichend gestalten können. Ihnen kann und will die SPD ein Angebot machen.

5 Eine Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität aller
6 Bürgerinnen und Bürger ist auch im globalen Zeitalter möglich. Allerdings nur dann, wenn
7 man unter „bürgerlich“ mehr versteht als eine bestimmte Kombination von Schulabschluss,
8 Steuerklasse und Einkommen. Wer sich bürgerlich nennt, um sich in einer Gesellschaft von
9 anderen abzugrenzen, der beharrt nicht nur auf einem Gesellschaftsbild aus dem
10 19. Jahrhundert, sondern der hat das Wesen der Demokratie nicht verstanden.

11 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bieten allen Bürgerinnen und Bürgern
12 unseres Landes die Debatte darüber an, wie eine moderne, lebenswerte Gesellschaft in
13 unserem Land in den kommenden Jahrzehnten aussehen soll und wie jede und jeder
14 Einzelne darin sein oder ihr Leben meistern kann

15 Wir werden uns dieser Frage entlang zweier politischer Initiativen ausführlich widmen.

- 16 • Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land wollen wir klären, wie
17 eine soziale Gesellschaft und der Sozialstaat in den nächsten Jahrzehnten verfasst sein
18 müssen, in dem jeder das berechtigte Gefühl haben kann, sicher zu leben und sein
19 Leben durch eigene Anstrengung auch verbessern zu können.
- 20 • Und wir wollen Demokratie nicht bloß als formale Staatsform, sondern als Lebensform
21 der Freiheit praktisch mit neuem Leben füllen.

22 Mit den beiden Initiativen wollen wir anhand objektiver Kriterien, aber auch subjektiver Urteile
23 der Bürgerinnen und Bürger eine Bestandsaufnahme der sozialen und demokratischen Lage
24 in Deutschland leisten.

25 Auf dieser Grundlage suchen wir auf allen Ebenen den engen Dialog mit gesellschaftlichen
26 Gruppen über ihre Erwartungen an die Politik und die SPD. Dazu wollen wir Netzwerke mit
27 Wissenschaft, Kultur, Verbänden und sozialen Bewegungen aufbauen bzw. stärken. Wir
28 werden neue Dialog- und Kommunikationskonzepte entwickeln und im Diskurs auch die
29 Kampagnenfähigkeit der SPD stärken.

30 Als wesentliche Zwischenergebnisse werden wir sozialdemokratische Reformprojekte, die
31 quer zu den traditionellen Politikfeldern liegen, formulieren und Bundesparteitag zur
32 Beschlussfassung vorlegen.

33 Die SPD ist in ihrer Geschichte immer die Kraft gewesen, die stellvertretend für die
34 Gesellschaft um ein besseres Morgen gerungen hat. Wir werden es auch in dieser
35 entscheidenden Umbruchphase unserer Geschichte wieder sein. Wir führen den Diskurs der

1 Zukunft – nicht als Theoriedebatte, sondern mit Bezug zur Lebenswelt. Wir packen an und
2 helfen den Bürgerinnen und Bürgern ganz praktisch, ihr Leben zu meistern.

3

4

5 Initiative „Gut und sicher leben“

6

7 Wohlstand für alle, auf hohem Niveau, gerecht verteilt, dauerhaft sichern – das ist ein
8 wichtiges sozialdemokratisches Ziel. Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit sind die Grundlagen
9 des gesellschaftlichen Fortschritts in der kommenden Zeit. Erreichbar ist dieser Fortschritt
10 nur, wenn Politik nicht kurzatmig und nicht zukunftsblind ist, sondern einen
11 Gestaltungsanspruch weit über eine Legislaturperiode hinaus hat.

12 Zugleich hat unsere Gesellschaft einen klaren Grundkonsens, der nicht zuletzt auch durch
13 die Sozialdemokratie geprägt wurde. Drei seiner markantesten Postulate sind: Wer sich
14 anstrengt, muss etwas davon haben. Wer sich Mühe gibt, muss sein Leben verbessern
15 können. Und niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Nur wenn diese Wertvorstellungen
16 erkennbar unsere Politik prägen, können wir berechtigt erwarten, dass wir in unserem
17 Streben nach Gerechtigkeit auch glaubwürdig sind.

18 Wirtschaftliche Prosperität und die Chance auf ein „gutes Leben“ sind für uns zwei Seiten
19 derselben Medaille. Eine wachsende Wirtschaft, die Fähigkeit und Bereitschaft zur
20 Innovation sind Voraussetzungen eines starken Sozialstaats. Wir wollen eine Gesellschaft
21 sein, die Lust auf Neues hat und die einen sozialen Fortschritt will. Ohne technische und
22 soziale Innovationen sind die Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels und
23 der demografischen Veränderung unserer Gesellschaft nicht zu meistern. Gut ausgebildete
24 und abgesicherte Bürgerinnen und Bürger sind wiederum die Grundlage einer starken und
25 innovativen Wirtschaft. Unsere inhaltliche Arbeit am Konzept „Innovationen und Arbeit von
26 morgen“ ist daher eine wichtige Grundlage dieser Initiative.

27 Dass derzeit nicht alle Bürgerinnen und Bürger sicher sein können, dass sie besser leben
28 können, wenn sie sich anstrengen, ist einer der Gründe, warum die SPD nach elf Jahren
29 Regierungszeit in einer Vertrauenskrise steckt. Wir werden für spezifische Lebenslagen
30 plausible und praktikable Konzepte erarbeiten müssen, wenn wir Vertrauen zurückgewinnen
31 wollen. Und wir werden deshalb die nötigen Fragen stellen:

32 Wie sieht es mit gleichen Bildungschancen aus? Gibt es eine gute Kinderbetreuung? Warum
33 verlassen so viele Schüler die Schule ohne Schulabschluss? Hat jeder einen
34 Berufsabschluss oder Abitur? Können alle von ihrer Arbeit leben? Gibt es die Möglichkeit des
35 sozialen Aufstiegs durch eigene Anstrengung? Ist die Arbeitsvermittlung so organisiert, dass
36 hinreichend unterstützt wird, wer seinen Arbeitsplatz verloren hat oder einen Arbeitsplatz

1 sucht? Ist die finanzielle Unterstützung der Arbeitsuchenden richtig bemessen? Kann jeder
2 sicher sein im Alter vor Armut geschützt zu sein? Das sind konkrete Sorgen und Nöte.

3 Zum „guten Leben“ gehört auch der wachsende Wunsch nach einer Lebensführung, die den
4 Grundsätzen der Nachhaltigkeit und des Umwelt- und Verbraucherschutzes Rechnung trägt.
5 Ein Energieverbrauch, der kommende Generationen nicht belastet und den Klimawandel und
6 die Umweltzerstörung nicht beschleunigt, sowie ein verantwortungsbewusster Konsum, der
7 der eigenen Gesundheit und der Natur nicht schadet, gehören dazu.

8 Auf manche dieser Fragen haben wir schon Antworten entwickelt: Im Handeln von Parlament
9 und Regierung oder in unseren Programmen. Der Ausbau der Kinderbetreuung, die
10 Ganztagschulen, die Durchsetzung von mehr Mindestlöhnen, eine bessere Absicherung der
11 Altersvorsorge bei den Empfängern der Grundsicherung, höhere Kinderregelsätze, die
12 Fortführung der geförderten Altersteilzeit im Zusammenhang mit der Übernahme von
13 Auszubildenden sind Beispiele für politische Angebote, die jedem Einzelnen dabei helfen,
14 sein Leben zu meistern. Unsere Energie- und Verbraucherschutzpolitik helfen auch ganz
15 praktisch, den eigenen Konsum nachhaltig auszurichten.

16 Aber wir wissen auch, dass wir noch nicht auf alles eine hinreichende Antwort haben. Wir
17 waren in den letzten Jahren vollauf damit beschäftigt, zu verhindern, dass unser Sozialstaat
18 unter dem Druck von Globalisierung und demografischer Entwicklung in die Knie geht.
19 Diesen Megatrends haben wir unter Schwierigkeiten getrotzt und uns dabei als soziale
20 Marktwirtschaft modernisiert. Wir haben politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft
21 gegen die Mechanismen der globalen Märkte verteidigt und ausgebaut.

22 Dass unser Sozialstaat als Ganzes zukunftssicher ist, heißt aber noch nicht, dass er in jeder
23 Situation seine Aufgabe erfüllt. Wir werden ihn daraufhin überprüfen, ob er den konkreten
24 Alltagssituationen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Denn auch wenn die Reformen
25 objektiv richtig waren, gibt es nicht wenige, die sie subjektiv als Bedrohung wahrnehmen.

26 Wir werden weiterhin dafür kämpfen, eine gerechte Entlohnung für alle möglich zu machen.
27 Wir werden Wege aus der Armut aufzeigen und Möglichkeiten der entsprechenden
28 individuellen Vorsorge weiterentwickeln. Wir werden uns intensiv darum kümmern, dass das
29 Wort von „Bildung als Menschenrecht“ gelebte Realität in Deutschland wird und
30 Aufstiegswege für den Einzelnen nicht blockiert werden.

31 Wichtig ist, dass wir uns nicht mit schnellen Antworten zufrieden geben. Viele dieser Ziele
32 verlangen einen langen Atem.

33 Es gibt aber auch Probleme zu denen wir uns schon bald werden äußern müssen:

34 Die schwarz-gelbe Koalition hat Veränderungen im System der Grundsicherung für
35 Erwerbssuchende („Hartz IV“) angekündigt. Wir werden uns mit diesen Gesetzesinitiativen

1 intensiv auseinandersetzen. Vor allem aber werden wir uns den ganz praktischen Fragen
2 stellen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennen:

- 3 • Wird Lebensleistung anerkannt oder droht mir nach einem langen Arbeitsleben der
4 schnelle Absturz auf eine Grundsicherung?
- 5 • Wie verhindere ich Kinderarmut? Brauche ich dazu eine eigene Grundsicherung für
6 Kinder?
- 7 • Welche Arbeit ist angemessen und zumutbar? Wie müssen Rahmenbedingungen
8 aussehen, unter denen jede zumutbare Arbeit auch wirklich annehmbar ist? Wie setzen
9 wir Mindestlöhne und andere Mindeststandards guter Arbeit durch?
- 10 • Wie kann ich verhindern, dass ich im Alter arm und auf staatliche Unterstützung
11 angewiesen bin?

12 Die SPD wird diese Fragen gemeinsam mit Wissenschaftlern und Betroffenen, mit Initiativen
13 und Experten diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Wir wollen, dass jeder gute
14 Arbeit hat und niemand in Armut leben muss. In diesem Sinne werden wir bewerten, wo
15 unsere Reformen bereits erfolgreich waren und wo weitere Initiativen nötig sind und
16 vorbereitet werden müssen

17 Gleiches gilt auch für die sogenannte „Rente mit 67“. Wir werden uns dazu im nächsten Jahr
18 konkret verhalten, wenn die Bundesregierung den Bericht zu der Anhebung der
19 Regelaltersgrenze gibt. Unser Regierungsprogramm war eindeutig: Wir brauchen, flexible
20 Rentenübergänge, die weitere Förderung der Altersteilzeit und die Kombination mit der
21 Teilrente. Und wir brauchen bessere Erwerbsminderungsrenten und mehr garantierte
22 Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere.

23 Derart weitreichende Modernisierungen, wie wir sie angestoßen haben, lassen sich nicht
24 binnen weniger Tage bewerten. Über diesen Gesellschaftsentwurf für die kommenden
25 Jahrzehnte wollen wir im Rahmen der Initiative „Gut und sicher leben“ miteinander in der
26 Breite der Partei, mit der interessierten Öffentlichkeit und mit Wissenschaftlern und
27 Praktikern diskutieren. Im Jahr 2010 wollen wir dazu ein zielführendes Zwischenergebnis
28 haben.

29 Wir werden eine „Reformwerkstatt“ einrichten, in der wir die Reformen der letzten elf Jahre
30 bilanzieren und weiteren Handlungsbedarf ermitteln wollen.

31 Der entscheidende Lackmuestest jedes politischen Vorschlags, den wir daraus entwickeln, ist
32 die Alltagspraxis. Politische Ideen müssen für die Bürgerinnen und Bürger aufgehen. Am
33 Ende werden aus der Reformwerkstatt ganz konkrete Initiativen erwachsen, die wir in den
34 Deutschen Bundestag einbringen oder zum Gegenstand unseres nächsten
35 Regierungsprogramms machen werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Initiative „Demokratie und Freiheit“

Vor vierzig Jahren hat Willy Brandt seine erste Regierung unter das Motto „Mehr Demokratie wagen“ gestellt. Heute ist das Motto für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktueller denn je.

Mehr Demokratie ist dringend nötig: Immer mehr Menschen haben Zweifel daran, dass ihre Beteiligung etwas bewirken kann. Die demokratischen Parteien, und insbesondere eine Partei mit einer so langen demokratischen Tradition wie die SPD, müssen das ernst nehmen. Ihre Aufgabe ist es, dem Willen von Menschen Ausdruck zu geben. Die SPD stellt sich deshalb, wie immer in ihrer langen Geschichte, Demokratie gefährdenden Parteien, Bewegungen und Gesinnungen entgegen. Sie tritt für ein Verbot der NPD ein und lehnt populistische Politikformen ab.

Nach der Finanzkrise erwarten die Bürgerinnen und Bürger von der Politik die Durchsetzung von demokratisch gesetzten Regeln, die eine Wiederholung dieser Krise in Zukunft unmöglich macht. Der den Menschen unterstützende Sozialstaat, Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und die abgesicherte Chance der Mitverantwortung in Wirtschaft und Politik: das sind die klassischen sozialdemokratischen Instrumente auf diesem Feld. Wir wollen sie weiterentwickeln.

Wenn sich die Demokratie als erpressbar durch wirtschaftliche Macht erweist, muss diese Macht beschränkt werden. Wo zu viele Entscheidungen durch internationale Vereinbarungen vorgegeben erscheinen, müssen Befugnisse dorthin zurückgeholt werden, wo Bürgerinnen und Bürger mitwirken können. Wo Konsenszwänge politische Verantwortung verschleiern, muss Klarheit und Verantwortlichkeit hergestellt werden. Das erfordert eine Erweiterung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen: Referenden, Bürgerentscheide, und eine subsidiäre Verteilung von Entscheidungsbefugnissen.

Demokratisierung ist überall dort notwendig, wo Entscheidungen nur noch als Sachzwänge in den demokratischen Prozess eingebracht werden. Immer mehr Menschen unterscheiden jedoch zwischen „denen da oben“ und „wir hier unten“. Das erzeugt politische Resignation. Unser Land braucht dringend eine Öffnung demokratischer Entscheidungen, um der Spaltung des Landes in Einflussreiche und Resignierte zu begegnen. Nur wer teilhaben kann, hat Einfluss darauf, dass Wohlstand gerecht verteilt ist.

Wir müssen öffentlich deutlich vernehmbar die Stimme derjenigen sein, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Chancengleichheit und Freiheit eintreten. Das bedeutet auch, dass die SPD eigene Organisationsform daraufhin überprüfen wird, ob sie die Sorgen

1 und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes aufnehmen und ausdrücken
2 kann.

3 Demokratie braucht Öffentlichkeit. Doch die Bedingungen für ein vernünftiges öffentliches
4 Gespräch über unser Gemeinwesen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Daran
5 haben Medienkonzentration und Kommerzialisierung ebenso ihren Anteil wie verändertes
6 Mediennutzungsverhalten, mediale Vermittlungsroutinen, medientechnische Revolutionen
7 oder politische Inszenierungsstrategien. Sozialdemokratische Medienpolitik hat sich nie bloß
8 als Medienwirtschaftspolitik begriffen. Es ist an der Zeit, auch darüber zu reden, wie wir
9 eigentlich in unserer Demokratie miteinander reden, welche Informationsmöglichkeiten
10 existieren und wo echte inhaltliche Debatten überhaupt noch stattfinden können. Wir wollen
11 im kommenden Jahr gezielt das Gespräch mit Medienvertretern und Journalistinnen und
12 Journalisten suchen, um auszuloten, wo die größten Bedrohungen demokratischer
13 Öffentlichkeit liegen und wie sie beseitigt werden können. Die vielfältig geteilten
14 Öffentlichkeiten im Internet und die gewachsene kulturelle Vielfalt in unserem Land sind
15 Chance und Problem für den freien Austausch von Meinungen. Wir wollen die Medien so
16 gestalten, dass ihr demokratisches Potenzial voll ausgeschöpft wird.

17 Das Internet ist für dieses Vorhaben ebenso zentral wie ambivalent, weil es gleichzeitig zur
18 Entgrenzung und Beschleunigung von Öffentlichkeit beiträgt. Unbestritten aber ist es der Ort
19 einer der wichtigsten Freiheitsbewegungen unserer Zeit. Das Internet stärkt die
20 Entfaltungsmöglichkeiten jedes oder jeder Einzelnen ebenso wie die weltweite Entwicklung
21 demokratischer Inhalte. Wir wollen die nie dagewesenen Beteiligungsmöglichkeiten für
22 demokratische Prozesse nutzbar machen und unsere demokratischen Mechanismen auch
23 für die digitale Welt öffnen.

24 Die neuen Möglichkeiten für Freiheit und Transparenz im Netz sind gleichzeitig auch Quelle
25 neuer Bedrohungen. Und so sind Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung zu den
26 neuen Herausforderungen der Bürgerrechtspolitik geworden. Für uns ist es Aufgabe des
27 Staates, die Freiheit im Internet zu erhalten und zu sichern. Es gilt das Kreative, das Freie,
28 das Positive dort zu bewahren und zu fördern. Das Internet ist aber auch kein Raum für die
29 Macht oder Kontrolle weniger. Auch seine Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit anderer
30 beschneidet. Daher braucht auch das Netz Regeln, gesetzliche oder auch vereinbarte. Wir
31 brauchen neue digitale Vereinbarungen, die nicht den herkömmlich analogen Logiken alleine
32 folgen können. Das Eine tun, ohne das Andere zu lassen. Das ist ein wichtiger Lernprozess,
33 den wir in Zusammenarbeit mit Netzaktivisten gehen werden. Die Debatte darüber - auch
34 über Fragen der Netzneutralität - hat gerade erst begonnen.

35 In einer „Demokratiewerkstatt“ werden wir alle diese Fragen aufwerfen und gemeinsam mit
36 Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktikern sowie interessierten Bürgerinnen

1 und Bürgern erörtern. 40 Jahre nach Willy Brandts Regierungserklärung ist es Zeit für „Mehr
2 Demokratie wagen – Teil II“.

3

4

5 **IV. Zukunft der SPD als Volks- und Mitgliederpartei**

6

7 Wir wollen Volks- und Mitgliederpartei bleiben, aber dies setzt mehr voraus als gut gemeinte
8 Beschlüsse. Seit den 90er Jahren sind viele ambitionierte Parteireformprojekte auf halber
9 Strecke stecken geblieben. Und in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich unsere
10 Gesellschaft weiter verändert: Die Gesellschaft ist bunter und differenzierter geworden, die
11 zeitlichen und räumlichen Anforderungen an Arbeitnehmer haben zugenommen, die
12 Medienlandschaft ist eine völlig andere und die Parteienkonkurrenz hat sich verschärft. Für
13 die SPD geht es auch um die Kampagnenfähigkeit unter veränderten Bedingungen.

14 Der Parteitag wird einen Prozess zur Zukunft der Mitglieder- und Volkspartei SPD beginnen.
15 In diesem Prozess werden organisationspolitische Veränderungen in der SPD diskutiert und
16 erarbeitet. In die Diskussion werden alle Ebenen der Partei einbezogen. Es wird eine
17 permanente Koordinierungsebene mit den Landesverbänden geben. Der Prozess soll zeitlich
18 befristet sein und mit einem Beschluss auf dem Parteitag 2011 abgeschlossen werden.

19 Die Strukturen und Arbeitsformen müssen dem Ziel dienen, die SPD als Mitglieder- und
20 Volkspartei zu konsolidieren, zu stärken und in die Lage zu versetzen, die gesellschaftliche
21 Mehrheit zu organisieren.

22 Grundlage muss zunächst eine realistische Einschätzung unserer organisationspolitischen
23 Ausgangslage unter Einbeziehung folgender Aspekte sein:

- 24 • Finanzen
- 25 • Mitgliederentwicklung
- 26 • hauptamtliche Strukturen
- 27 • veränderte Bedürfnisse der Mitglieder und potentieller Mitglieder

28 Wesentliche Gegenstände der Diskussion werden sein:

- 29 • Die Verzahnung der kommunalen Ebene, der Länder- und Bundesebene – auch im
30 Bereich der Entwicklung des Führungspersonals. Hierzu gehört eine gemeinsame
31 Kampagnenplanung, die auch Ereignisse wie Kommunalwahlen berücksichtigt. Ebenso
32 wollen wir Methoden entwickeln, um von erfolgreichen Beispielen auf allen Ebenen
33 lernen zu können.

- 1 • Die Formen der Mitarbeit in der SPD, darunter die Rolle der Arbeitsgemeinschaften,
2 (offener) Foren und Projekte sowie das Verhältnis von Mitgliedern, Gastmitgliedern, Nur-
3 Juso-Mitgliedern und „aktiven Nichtmitgliedern“.
- 4 • Wie stellen wir eine stärkere Öffnung zur Gesellschaft sicher? Dabei geht es um
5 Kontakte in Initiativen, Verbände, Wissenschaft und Kultur. Von besonderer Bedeutung
6 ist die enge Verzahnung mit den Gewerkschaften, durch Gewerkschaftsräte, aber auch
7 andere Formen der Zusammenarbeit und des Austauschs. Es sollte diskutiert werden, ob
8 regelmäßige Foren mit Verbandsvertretern und bürgerschaftlichen Initiativen eine
9 angemessene Form der Öffnung sind.
- 10 • Für die Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung müssen gute Beispiele in der Partei
11 und darüber hinaus in den Blick genommen werden. Erforderlich ist eine bessere
12 Kommunikation mit Mitgliedern und Funktionären, hier sollten die Chancen einer neuen
13 Mitgliederadressverwaltung genutzt werden. Auch die Bildungsarbeit für die Mitglieder
14 sollte gemeinsam mit unseren Partnern kritisch überprüft und auf die neuen
15 Anforderungen hin ausgerichtet werden.
- 16 • Es muss geprüft werden, wie wir die Präsenz und Sichtbarkeit der SPD in
17 strukturschwachen Regionen sicherstellen. Wie sieht hier das Verhältnis von Haupt- und
18 Ehrenamtlichkeit aus?
- 19 Viele dieser Fragen wollen wir in einer „Werkstatt Kampagnenfähigkeit“ bearbeiten. In diese
20 Arbeiten sollen die SGK und andere eingebunden werden. Dabei geht es auch darum, sich
21 erfolgreiche Kampagnen anderer Organisationen anzuschauen und die Übertragbarkeit
22 angepasster Projekte zu überprüfen.
- 23 Eine genaue Ablaufplanung für den Diskussionsprozess zur Organisationspolitik auf
24 Grundlage dieser Fragestellungen wird der Parteivorstand zum Jahresanfang vorlegen.
- 25